



An die
Abgeordneten des Deutschen Bundestages
Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl
Vertreterinnen und Vertreter von Parteien

Am 31.12.2024 hat UNO-Generalsekretär António Guterres, in einem dramatischen Appell, die Staaten der Welt zum Jahreswechsel zu mehr Ehrgeiz im Kampf gegen die Klimakrise aufgerufen. Die vergangenen zehn Jahre seien die heißesten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen gewesen – und damit ein »Jahrzehnt der tödlichen Hitze«. Die Welt erlebe den Klimakollaps in Echtzeit. »Wir müssen diesen Weg ins Verderben verlassen – und wir haben keine Zeit zu verlieren.«¹

Ja, es ist ein Gebot der Vernunft, sofort alle Register zu ziehen, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten! Danach muss sich jedes politische Handeln konsequent richten, auch in der Verkehrspolitik!

Expertenrat für Klimafragen

Der Verkehrsbereich hat in Deutschland auch 2023 deutlich mehr Abgase verursacht als gesetzlich erlaubt. Das hat der unabhängige Expertenrat für Klimafragen der Bundesregierung im Prüfbericht zu Daten des Umweltbundesamts festgestellt. Statt den erlaubten 133 Millionen Tonnen Treibhausgase stieß der Verkehrssektor im Bezugsjahr 146 Millionen Tonnen aus. Damit verfehlt der Sektor sein Klimaziel das dritte Jahr in Folge.²

Folgen der Flächenversiegelung

Grundsätzlich verschärft jeder weitere Straßenbau die Klima- und Artenkrise in mehrfacher Weise. Jede Flächenversiegelung bedeutet den Verlust von Wald und Boden als CO₂-Senke und Lebensraum. Zugleich erzeugt der Bau von Straßen durch den Material- und Energieverbrauch (Beton(!), Maschinen) gigantische Mengen an CO₂ Emissionen.

Straßenausbaupläne – Tatorte

Die gültigen Aus- und Neubaupläne umfassen bis 2030 über 1.000 Fernstraßenprojekte mit allein 850 km Autobahneubau. Diese im Parlament getroffenen Entscheidungen werden mit ihrer Umsetzung zu Tatenorten der Natur- und Klimazerstörung. Abgeordnete die diese Gesetze nicht ändern, leisten der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen Vorschub. Sie tragen somit eine große Verantwortung für Entscheidungen, bei denen es auch beim Thema Verkehr letztlich um das Überleben der Menschheit geht.

Bedarfsplanüberprüfung zum Bundesverkehrswegeplan – Konsequenzen

Im Dezember 2024 wurde – mit drei Jahren Verspätung(!) – vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) der „Bericht zur Überprüfung der Bedarfspläne (BPÜ) für die Verkehrsträger Schiene, Straße und Wasserstraße“ zum Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP) dem Bundestag / Verkehrsausschuss vorgelegt.³ Das BMDV stellt darin im Ergebnis fest, dass es keinen wesentlichen Änderungsbedarf bezüglich der alten Bedarfsplanung zum Straßenbau aus dem Jahr 2016 gibt. An den klima- und naturzerstörerischen Straßen-Ausbauplänen wird also festgehalten. Daraus folgt, dass wider aller Vernunft weder wissenschaftliche Befunde noch die reale Zuspitzung der Klima- und Artenkrise zu einem Umdenken in der Straßenbau-politik geführt hat.

Dabei sind schon allein die als vordringlich eingestufteten rund 1.000 Straßenneu- und -ausbauprojekte nicht mit den internationalen und nationalen Natur- und Klimaschutzzielen vereinbar, also rechtswidrig. Die Straßenbauprojekte umzusetzen, wäre angesichts der menscheitsbedrohenden Klimakrise ein ökologisches Verbrechen.

Der Bund Umwelt und Naturschutz (BUND) hat den „Bericht zur BPÜ“ vom BMDV in einer ausführlichen „Einordnung der Bedarfsplanüberprüfung zum BVWP 2030“ vom 20.1.2025 einer fundierten Kritik unterzogen, auf die wir hier ausdrücklich hinweisen.⁴ Im Kern wird darin argumentiert, dass die Bundesverkehrswegeplanung anstelle von Verkehrsprognosen an Zielvorgaben des Natur- und Klimaschutzes ausgerichtet werden muss. Gefordert wird die Rücküberweisung der Bedarfsplanüberprüfung an das BMDV und ein Beschluss im Deutschen Bundestag für eine neue Bundesmobilitätsplanung. Der neu gewählte Bundestag muss Verantwortung übernehmen und die Verkehrspolitik endlich auf einen klima- und naturverträglichen Kurs bringen. Unabhängig davon ist die Sanierung von Straßen, Brücken und Schienen als vordringliche Infrastrukturmaßnahme voranzubringen.⁵

Petition zur Verkehrswende

Auch die Bundestagspetition 173482 zur BPÜ fordert, „dass die Bundesverkehrswegeplanung umgehend an die internationalen und nationalen Naturschutz- und Klimaziele angepasst wird.“⁶ Sie ist mit 22.628 Unterschriften die viertgrößte(!) Petition im Jahr 2024. Diese Petition sollte vom Bundestag als richtungsweisend für eine „Soziale und klimagerechte Verkehrswende“ angenommen werden.

Wirtschaftswachstum – gesellschaftliche Transformation – Klimanotstand

Immer wieder wird auch bei der Verkehrspolitik mit dem Wirtschaftswachstum argumentiert. Der aktuelle Ruf nach einer „Wachstumsinitiative“ wird mit der Forderung verbunden, den Klimaschutz zurückzudrängen und die soziale Lage der Menschen zu verschlechtern.⁷ Damit werden einmal mehr die zerstörerischen Triebkräfte unserer Wirtschaftsweise offenbar. Wer angesichts der Klima- und Artenkrise weiter eine Politik des profitgetriebenen Wirtschaftswachstums betreibt, hat den Ernst der Lage nicht begriffen oder nimmt die Zerstörung der Erde – „unser Juwel im Kosmos“ – billigend in Kauf. Nötig ist eine gesellschaftliche Transformation, in der die wirtschaftliche Entwicklung in allen Bereichen an der Begrenztheit von Ressourcen und den ökologischen Bedingungen der Erde ausgerichtet wird.

Der faktisch bereits eingetretene „Klimanotstand“ erfordert, über den Verkehrssektor hinausgehend, auch in allen anderen Sektoren eine konsequente Politik, die sich vom Verfassungsziel auf „Schutz der Umwelt“ leiten lässt. Dazu gehört, um nur einige Punkte zu nennen: den Flugverkehr in wenigen Jahren auf 50, 30, 20 % reduzieren (bis CO₂-neutrale Flüge möglich sind); alle Produktionsbereiche energie- und ressourcen-schonend ausrichten (keine SUV-Panzer bauen; Betonverbrauch reduzieren); eine ökologische Landwirtschaft mit kürzeren Transportwegen.

Verantwortung der Abgeordneten

Als Abgeordnete/r im Deutschen Bundestag sind Sie nicht nur beim Thema Verkehrswende gefordert, vernünftige Entscheidungen zu treffen. Eine Entscheidung für ein „Weiter so!“ hätte offensichtlich fatale Folgen. Sie sind gemäß Grundgesetz Ihrem Gewissen, also Ihrem „Wissen“, gegenüber verantwortlich. Die einhelligen Erkenntnisse zur Klima- und Artenkrise aus den verschiedenen Wissenschaftsbereichen liefern hinreichende Entscheidungsgrundlagen, um das Leben auf unserem Planeten zu erhalten. Doch dazu braucht es ein schnelles, mutiges und konsequentes Handeln mit Vernunft, das, wenn nötig, über Beschränkungen von Wahl- oder Parteiprogrammen hinausgeht.

Helmut Weick

für das Netzwerk Keine A49 – Danni lebt! | Soziale und klimagerechte Mobilitätswende JETZT! | 2.2.2025

<https://verkehrswende-tatorttour.de> | a49stoppen@gmx.de | c/o Postfach 2111, 64336 Seeheim-Jugenheim

Netzwerk Danni lebt!

<https://www.danni-lebt.de>

Aktionsgemeinschaft Schutz des Ohmtals e.V.

<https://a-49.de>

Aktionsbündnis Keine A49

<https://www.stopp-a49-verkehrswende-jetzt.de>

Informationen zur Mobilitätswende:

Bündnis Wald statt Asphalt

<https://wald-statt-asphalt.net/keine-a49/>

Bündnis Verkehrsinitiativen

<https://www.buendnis-verkehrsiniciativen.com/>

¹ UNO-Generalsekretär António Guterres, Appell an die Staaten der Welt zum Jahreswechsel 2025

<https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/klima-krise-antonio-guterres-fordert-dringende-massnahmen-gegen-klimakatastrophe-a-9a1a8e79-a90f-44b2-a080-48d2ed9d0410>

² Expertenrat der Bundesregierung zu Daten des Umweltbundesamt, Bericht 15.4.2024 + Tagesschau.de, 15.4.2024

https://expertenrat-klima.de/content/uploads/2024/05/ERK2024_Pruefbericht-Emissionsdaten-des-Jahres-2023.pdf

<https://www.tagesschau.de/inland/expertenrat-klimaziel-verkehrssektor-100.html>

³ Bericht der Bedarfsplanüberprüfung, BMDV, 16.11.2025

https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/mobilitaet/bundesverkehrswegeplan-2030-bedarfsplanueberpruefung-klimaziele-verkehrsinfrastruktur-reform-bund-2025.pdf

⁴ „Einordnung zur BPÜ“, BUND – Weg von den Prognosen hin zur Zielplanung für den Klima- und Naturschutz, 20.1.25

<https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/bundesverkehrswegeplan-2030-bund-fordert-abkehr-von-bisherigen-bedarfsplaenen/>

⁵ Zur Verkehrsinfrastruktur: Straßenbau erhöht den Verkehr, nicht die Mobilität! - mit Video, ca. 5 Min.

<https://www.bund.net/themen/mobilitaet/infrastruktur/>

⁶ Die Bundestagspetition zur BPÜ/zum BVWP, November 2024 + Zum Ergebnis der Petition

https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/2024/10/17/Petition_173482.html

<https://koelle4future.de/blog/2024/12/17/petition-zum-bundesverkehrswegeplan-2030-danke/>

⁷ Unternehmensverbände fordern eine „Wachstumsinitiative“, 29.1.25

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/konjunkturprognose-jahreswirtschaftsbericht-ausblick-100.html>